

## Antrag

### 6.10 Rentenpolitische Forderungen des BDKJ

Antragsteller\*in: Kolpingjugend Deutschland

#### Antragstext

1 Die BDKJ-Hauptversammlung möge beschließen:

2 **Vertrauen stärken – Rentensystem**  
3 **zukunftsicher umbauen**

4 Die Hauptversammlung legt sich auf folgende Grundsätze für ein gerechteres und  
5 solidarisches System zur Altersvorsorge fest:

6 Wir stellen fest, dass viele Jugendliche das Vertrauen in das deutsche  
7 Rentensystem verloren haben. Während die gesetzliche Rente bisherigen  
8 Generationen von Rentner\*innen weitestgehend die Sicherung ihres Lebensstandards  
9 über die Erwerbsphase hinaus garantierte, befürchten viele junge Menschen,  
10 dass ihre eigene Rente nicht einmal mehr zur Grundsicherung ausreichen wird.  
11 Daher fordern wir eine Reform, denn der gesellschaftliche Frieden beruht auf  
12 einem gerechten und funktionierenden Alterssicherungssystem.

13 In den von der Bundesregierung 2001 beschlossenen Rentenreformen wurde  
14 klargestellt, dass die gesetzliche Rente nur noch ein Bestandteil zur Sicherung  
15 des Lebensstandards in der Altersphase sein kann. Seitdem wurde das Prinzip  
16 Eigenverantwortung propagiert.

17 Vor dem Hintergrund des schon damals zunehmenden demografischen Drucks in der  
18 gesetzlichen Rentenversicherung wurde klargestellt: Arbeitnehmer\*innen sollten  
19 eine zusätzliche private und betriebliche Altersvorsorge betreiben, da ein  
20 lebensstandardsichernder Ruhestand, der ausschließlich auf den Bezügen aus der  
21 gesetzlichen Rentenversicherung basiert, nicht mehr ohne Weiteres garantiert  
22 werden konnte.

23 Im Jahr 2020 hat die Bundesregierung den Vorschlag einer sogenannten  
24 „Grundrente“ erarbeitet. Dieser wird als ein erster Schritt in die richtige  
25 Richtung begrüßt. Leider wird dieses Konzept nur für einen bestimmten Teil  
26 der Versicherten mit geringen Alterseinkommen wirksam: In voller Höhe  
27 berücksichtigt die Grundrente nur Versicherte, die mindestens 35 Beitragsjahre  
28 vorweisen können. Viele alte Menschen in der Grundsicherung erfüllen diese  
29 Voraussetzung jedoch nicht. Die Grundrente ist daher keine zielgenaue Lösung  
30 gegen Altersarmut. Auch ist das Berechnungs- und Bewertungsverfahren der  
31 Grundrente komplex und undurchsichtig. Das Konzept bietet keine verlässliche  
32 Größe für Versicherte und bietet keine Planungsgrundlage für Entscheidungen  
33 im Erwerbsverlauf.

34 Zudem stellen wir fest, dass alle rentenpolitischen Konzepte nur bis zum Jahr  
35 2030 reichen. Insbesondere für die Zeit danach braucht es jetzt neue

36 Perspektiven, da ab diesem Zeitpunkt die große Generation der Baby Boomer\*innen  
37 in Rente geht und bereits im Jahr 2020 das Verhältnis von Rentner\*innen zu  
38 Beitragszahler\*innen 1:1,9 betrug.

39 Um uns jungen Menschen das Vertrauen zurückzugeben, bedarf es einer  
40 grundlegenden und weitreichenden Rentenreform, die sich von den oft  
41 kleinteiligen Reformen der vergangenen Jahrzehnte unterscheidet. Das  
42 Umlageverfahren, dessen Vorteile in der zurückliegenden Finanzkrise und der  
43 aktuellen Niedrigzinsphase deutlich wurden, soll nach wie vor ein  
44 Hauptbestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung sein. Um jedoch dem immer  
45 größer werdenden Problem der Altersarmut vorzubeugen, bedarf es weiterer  
46 solidarischer Grundsicherungsmechanismen, die gemeinschaftlich alle  
47 Bürger\*innen miteinbeziehen.

48 Bei der anstehenden und notwendigen Reform des Rentensystems, sollten folgende  
49 Punkte berücksichtigt werden:

### 50 **Grundsicherung durch eine steuerfinanzierte Sockelrente**

51 Der Anteil der über 65-Jährigen, die im Alter armutsgefährdet sind, nimmt zu.  
52 "Während 2006 jeder zehnte Ruheständler von Altersarmut bedroht war, war es  
53 2013 schon jeder siebte. Besonders häufig betroffen sind Frauen,  
54 Alleinstehende, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund.  
55 [1]" Studien zufolge könnte bis 2035 sogar jede\*r vierte oder fünfte  
56 Rentner\*in in Altersarmut abrutschen [2].

57 Wir fordern für alle eine rein steuerfinanzierte Sockelrente in Höhe des  
58 soziokulturellen Existenzminimums [3]. Wir setzen darauf, dass mit der  
59 Sockelrente allen Menschen, die das Vertrauen in das System verloren haben, eine  
60 Sicherheit für ihre Altersphase zurückgegeben wird.

### 61 **Leistungsgerechtigkeit durch eine neue** 62 **Erwerbstätigenversicherung**

63 Auf die steuerfinanzierte Sockelrente aufbauend werden in einer  
64 umlagefinanzierten Erwerbstätigenversicherung weitere Rentenanwartschaften  
65 erwirtschaftet.

66 Die Erwerbstätigenversicherung soll zusammen mit der o.g. Sockelrente nicht nur  
67 Altersarmut verhindern. Sie soll den bisherigen individuellen Lebensstandard der  
68 Beitragszahlenden sichern. Hierbei soll das Äquivalenzprinzip gewahrt werden,  
69 nach dem sich die Höhe der im Ruhestand ausgezahlten monatlichen Rente nach der  
70 Höhe und Dauer der im Erwerbsleben gezahlten Beiträge bemisst.

71 Wir fordern, alle außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung bestehenden  
72 Versorgungssysteme aufzulösen und alle Bürger\*innen in einem einheitlichen  
73 System der Erwerbstätigenversicherung zu versorgen, um eine durchgängige  
74 Solidarität in der Gesellschaft zu schaffen. Hierzu wäre eine Stichtagslösung  
75 zum 01.01.2030 denkbar. Ab diesem Stichtag stellen wir uns zwei verschiedene  
76 Formen des Übergangs vor: Entweder zahlen dann alle Menschen unterhalb einer  
77 Altersgrenze (z. B. 30 Jahre) in die neue Erwerbstätigenversicherung ein oder  
78 alle Menschen, die kürzer als einen gewissen Gesamtzeitraum (z. B. fünf Jahre)

79 in ihr bestehendes Versorgungssystem eingezahlt haben, zahlen dann in die neue  
80 Erwerbstätigenversicherung ein.

### 81 **Kapitalmarktgedeckte Komponente als Alternative zur** 82 **umstrittenen Riester-Rente**

83 Durch einen kapitalmarktgedeckten Fonds, der bei der Deutschen  
84 Rentenversicherung angesiedelt ist, entfallen hohe Abschluss- und  
85 Verwaltungsgebühren der privaten Kapitalanlage im Gegensatz zur Riester-Rente.  
86 So können die Vorteile des Kapitalmarktes zu einem kleinen Teil genutzt werden,  
87 um den demografischen Druck, der auf der Rentenversicherung lastet, ein  
88 stückweit zu verringern.

89 Wir fordern, dass jede\*r Rentenversicherte, der\*die über keine private  
90 Altersvorsorge verfügt einen verpflichtenden Beitrag in einen  
91 kapitalmarktgebundenen Fonds einzahlt, der bei der Deutschen Rentenversicherung  
92 angesiedelt ist.

### 93 **Leistungen junger Menschen stärker berücksichtigen**

94 Wir fordern, dass schulische Ausbildungsgänge und ein Erststudium bis zur  
95 Regelstudienzeit angemessen berücksichtigt werden müssen, um entstehende  
96 Lücken in der Erwerbsbiografie auszugleichen. Dadurch wird zum Ausdruck  
97 gebracht, dass auch in einer schulischen Ausbildung bzw. einem Studium bereits  
98 Leistungen erbracht werden, welche es im Hinblick auf die spätere Rente eines  
99 jeden Einzelnen zu berücksichtigen gilt.

100 Wir fordern auch, dass junge Menschen in ordentlichen  
101 Beschäftigungsverhältnissen angestellt werden, um im Alter einen finanziell  
102 sorgenfreien Ruhestand genießen zu können. Der Einstieg in ein reguläres  
103 Beschäftigungsverhältnis nach Ausbildung oder Studium muss der Regelfall sein.  
104 Junge Menschen dürfen nicht durch Praktika, Honorartätigkeiten oder Minijobs  
105 ausgebeutet werden. Denn auch dies stellt eine entscheidende Hürde auf dem Weg  
106 zu einer auskömmlichen Rente dar.

### 107 **Flexibilisierung des Renteneintritts**

108 Das Renteneintrittsalter muss dynamisch an die Entwicklung der  
109 durchschnittlichen Lebenserwartung gekoppelt werden. Jedoch ist nach 45  
110 Beitragsjahren ein vorzeitiger abschlagsfreier Renteneintritt möglich. Neben  
111 der Erwerbstätigenversicherung beginnt dann auch der Bezug der Sockelrente.  
112 Durch diese Regelung wird einem frühen Berufseinstieg Rechnung getragen.

113 Wir fordern, dass das bestehende Prinzip flexibler Renteneintritte weiter  
114 ausgebaut werden soll, wie z.B. die Erwerbsminderungsrente, um eine  
115 individuellere und selbstbestimmtere Altersphase zu ermöglichen.

### 116 **Rente muss schon für junge Menschen Thema sein**

117 Um junge Menschen schon frühzeitig für die Altersvorsorge zu sensibilisieren,  
118 muss dieses Thema bereits im Schulunterricht behandelt werden. Ebenfalls muss  
119 das Rentensystem in den Mittelpunkt der non-formalen Bildungsarbeit, wie z.B.  
120 der Jugendverbandsarbeit, gerückt werden.

121 Wir fordern die Kultusministerkonferenz auf, eine Verständigung zur  
122 bundesweiten Umsetzung des Themas Rente im Schulunterricht herbeizuführen.

123 Wir fordern auch Rentenversicherungsträger und die Bundesregierung auf,  
124 Materialien in zielgruppengerechter Sprache zur Verfügung zu stellen, um die  
125 Jugendarbeit zu unterstützen.

126 Wir fordern zuletzt, dass diese Grundsätze in die inner- und außerverbandliche  
127 Diskussion, wie z.B. den DBJR getragen werden sollen, sowie in Gespräche mit  
128 Mandatsträger\*innen und Rentenexpert\*innen eingebracht werden.

129 Mit diesen Ideen sehen wir auch für die Zeit nach 2030 eine rentenpolitische  
130 Perspektive, die zukunftssicher und generationengerecht ist und vor allem die  
131 junge Generation entlastet, weil die Grundabsicherung im Alter nachhaltig und  
132 transparent gesichert ist.

133 [1] Vgl. [https://www.bertelsmann-  
134 stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/das-armutsrisiko-  
135 im-alter-steigt-regional-unterschiedlich/](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/das-armutsrisiko-im-alter-steigt-regional-unterschiedlich/)

136 [2] Vgl. z.B.  
137 [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.824031.de/publikationen/diw\\_aktuell/2021\\_0072/min-  
138 destrente\\_absicherung\\_gegen\\_altersarmut\\_und\\_notwendiger\\_baustein\\_fuer\\_weitere\\_r-  
139 eformen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.824031.de/publikationen/diw_aktuell/2021_0072/mindestrente_absicherung_gegen_altersarmut_und_notwendiger_baustein_fuer_weitere_reformen.html)

140 [3] Derzeit rund 784 Euro pro Monat für Alleinstehende sowie 1.295 Euro für  
141 Ehepaare (siehe [12. Existenzminimumbericht der Bundesregierung](#))